

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVIII/29

Bonn, den 11. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Darum geht es

85

Berlin braucht eine international anerkannte Führung
Von Senator Klaus Schütz

2a

Hier hilft nur Klarstellung

48

Zu den Demarchen Norwegens und Dänemarks in Bonn

3 - 4

Pro Jahr: 80 Millionen zuviel Lohnsteuer

105

Wann werden endlich die Pauschalbeträge erhöht ?

5

Im Schatten Castros

48

Karibien zwischen Hoffnung und Sorge
Von Eberhard Dingels

6

MdB Jakob Altmayer +

54

Botschafter des guten Willens

Chefredakteur Günter Markscheffel

Darum geht es.

Berlin braucht eine international anerkannte Führung
Von Senator Klaus Schütz

Irgendwie merkt es jeder. Die Berliner CDU ist in diesen Tagen in eine schwere innere Krise geraten. Sie ist mit sich selbst, mit ihrer Geschichte, ihrer Leistung und mit ihrer Zukunft uneins geworden.

Dem CDU-Wahlkampf fehlt die klare Linie, ständig wechseln die Parolen. Ein Plakat folgt dem anderen. Kurz gesagt: man vermisst die Gelassenheit dessen, der weiss, was er will.

Aber täuschen wir uns nicht. Das ist nicht nur Kuddelmuddle in der Werbung und nicht nur Ungereimtheit in der politischen Aussage. Das Durcheinander in der Werbung ist lediglich der sichtbare Ausdruck der Krise der Partei selbst.

Diese Entwicklung begann sich schon am Anfang des Wahlkampfes an zwei Punkten abzuzeichnen:

- * 1. Die CDU sprach nicht von der Leistung in und für Berlin - und auch nicht von der Verantwortung, die die beiden großen Parteien im Senat gemeinsam getragen hatten; stattdessen forderte sie den Wahlkampf um jeden Preis.
- * 2. Die CDU sprach nicht von der Notwendigkeit, daß Berlin eine international anerkannte Führung braucht. Stattdessen forderte sie die Ablösung des Regierenden Bürgermeisters.

So begann es. Und am Nachmittag des 16. Januar 1963 erreichte die Krise ihren Höhepunkt. An diesem Tage wollten die CDU-Senatsmitglieder sich der gemeinsamen Verantwortung für den Senat von Berlin entziehen. Berlin sollte nach ihrem Willen von genau diesem Zeitpunkt an ohne handlungsfähige Stadtregierung sein.

Wie war es dazu gekommen? Willy Brandt wollte dem sowjetischen Ministerpräsidenten die Sorgen und Leiden des gespaltenen Berlin darlegen. Er hatte keine Illusionen. Aber er wollte der Verpflichtung, die ihm Amtseid und das Vertrauen der Berliner auferlegt hatten, nicht ausweichen.

Es war selbstverständlich: Willy Brandt konnte nicht als Privatmann gehen. Als Privatmann hatte ihn Chruschtschow nicht eingeladen. Als Privatmann war nichts zu erreichen. Das wusste die Berliner CDU-Führung. Sie wusste: Chruschtschow - ein Kenner der Macht und ihrer Formen - war nur durch den führenden Mann einer handlungsfähigen Stadtregierung zu beeindrucken.

Hier erreichte nun die Krise der CDU ihren Höhepunkt. Berlin steht vor Wahlen. Das Amt des Regierenden Bürgermeisters steht zur Entscheidung. Die CDU-Führung hörte nicht auf die Stimmen, die auf die

eigene Verantwortung und auf den weiterreichenden Auftrag in und für Berlin hinwies. Sie hörte auf die Ratschläge der Bonner Parteizentrale. Sie entschied sich für die Verhinderung des Treffens.

Diese wahltaktische Kurzschlussreaktion raubte dem Regierenden Bürgermeister die für dieses Gespräch notwendige Voraussetzung: eine handlungsfähige Berliner Stadtregierung.

Jetzt wissen es alle. An diesem Tag ist die CDU in Berlin nicht nur uneins geworden mit sich selbst, ihrer Geschichte, ihrer Leistung und mit ihrer Zukunft. Das mag vor allem ihre eigene Argelegenheit sein. An diesem Tag hat die CDU aber auch das Vertrauen ihrer eigenen Wähler verloren. Und das geht uns in Berlin alle gemeinsam an.

Das ist ein Tatbestand. Das stellt uns in Berlin vor ein Problem besonderer Art. Denn am 17. Februar muss jeder Berliner wählen. Dem Zweiteilichen Berlin darf keine Stimme verloren gehen. An diesem Tag zählt jede Stimme zweimal: einmal für die jeweilige Partei und ein andermal gegen die kommunistische Mauerpartei.

Heute stehen nicht wenige derer, die früher CDU gewählt haben, vor einer neuen Entscheidung. Denn heute weiß es jeder. Die Berliner CDU muss diese ihre eigene innere Krise erst selbst überwinden. Sie braucht Zeit. Dies ist der Tatbestand: diese Partei steht ihren eigenen Wählern heute nicht zur Verfügung.

Für viele ist es nicht leicht, sich auf diese neue und so nicht voraussetzbare Lage einzustellen. Zuerst auch die FDP ausfällt. Ist sie doch die eigentliche Bonner Krisenpartei. Gerade aber Berlin will keine Bonner Krisen.

Da richtet sich der Blick auf die Berliner Sozialdemokraten. Sie haben die neue und zusätzliche Verantwortung erkannt. Willy Brandt hat erklärt: Wir werden eine Mehrheit nicht missbrauchen. Das haben wir in Berlin bisher deutlich bewiesen. Aber wir zögern um die Führung.

- * Für ein noch schöneres und lebendigeres Berlin,
- * für eine Wirtschaft, die uns gute Arbeitsplätze
- * gibt, für eine Stadt mit guten Wohnungen, für
- * mehr Gesundheit und weniger Einsamkeit in diesem
- * Berlin, dafür, dass wir zum Bund gehören und
- * dass die westlichen Truppen zu unserem Schutz
- * hier bleiben und nicht zuletzt dafür, dass wir
- * einander in Berlin wieder besuchen können.

Das ist die Richtschnur der sozialdemokratischen Politik in dieser Stadt. Das steht im Einklang mit dem seit Ernst Reuter geübten Führungsstil. In diesem Rahmen wird die bewährte Arbeit einer international angesehenen Führung unserer Stadt fortgesetzt.

Und darum geht es. Und dazu kann man Vertrauen haben. So werden wir es schaffen. So werden wir gemeinsam Berlin weiter nach vorn bringen.

Hier hilft nur Klarstellung

sp - Einige, die verschiedensten Interpretationen zulassende Aus-
sagen des Bundesverteidigungsministers von Hassel, veröffentlicht
in einer CDU-Korrespondenz, haben einen Wirbel in Skandinavien ent-
facht, der zu Demarchen der norwegischen und dänischen Regierung in
Bonn führen wird. Bei alledem geht nicht ganz klar hervor, ob von
Hassel eigene oder Gedanken des Bundeskanzlers wiedergab, die das Ver-
hältnis der EWG zu Großbritannien und beitragswilligen skandinavischen
Staaten betreffen. Inzwischen hat der Verteidigungsminister versichert,
er habe in einem internen Kreis die Vor- und Nachteile eines EWG-Bei-
tritts Großbritanniens und anderer Länder abgewogen und als Fazit die
Notwendigkeit eines Beitritts gezogen. Man kann also mit einigem Grund
annehmen, der besagten CDU-Korrespondenz seien einige Mißverständnisse
unterlaufen; sie nun klarzustellen, liegt nun an der Antwort Bonns auf
besorgte norwegische und dänische Fragen. Der Geist, in welchem die
letzte Bundestagsdebatte über die Europa-Politik geführt wurde, dürfte
eine Klarstellung erleichtern. Außerdem liegen verschiedene Erklärun-
gen der Bundesregierung vor, wonach diese die dänische Mitgliedschaft
in der EWG mit Großbritannien stützt, außerdem würde es den Vorausset-
zungen des EWG-Vertrages widersprechen, ein Land mit den angeführten
Begründungen abweisen zu wollen - ein Umstand, auf den pikanterweise
der dänische Außenminister Haekkerup aufmerksam machte.

Norwegen, Dänemark und Schweden, das freilich nur für eine Assozi-
ierung infrage käme, werden seit vielen Jahrzehnten von Sozialdemokra-
ten regiert. Die britische Labour-Party hat begründete Aussicht, die
Konservativen abzulösen. Die skandinavische Demokratie ist von allen
Demokratien in der Welt der Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates
am nächsten gekommen. Nun gibt es mächtige Strömungen im nichtkommuni-
stischen Europa, denen das nicht gefällt und die daran vieles auszu-
setzen haben. Aber Europa besteht nun einmal aus einer Vielfalt von
politischen Kräften, und wer nur eine davon für würdig hält, etwa die
konservativen Kräfte, am Bau eines freiheitlich gesinnten, seine Zukunft
sichernden Europa zu zimmern, verfällt in einen Trugschluß: er verbaut
sich den Blick für die europäische Wirklichkeit.

Dort, wo die Sozialdemokratie zum Zuge kam, und das Leben der von
ihr regierten Völker gestaltete, wie eben in Skandinavien, sind so hohe
europäische Werte wie Recht und Freiheit gesichert, bleibt der soziale
Rechtsstaat kein Traum, ist Bestand der staatlichen und gesellschaft-
lichen Wirklichkeit.

Zum Glück sind die Tendenzen, ob es nun konservative, liberale,
sozialdemokratische oder konfessionell gefärbte sind, schön unter sich
zu bleiben, für den anderen die Tore zuzuschließen, nicht repräsentativ
für die meisten Länder aber schon gar nicht für die Bundesrepublik.
Ein Blick auf unsere bedrängte Lage im europäischen Mittelpunkt des
Ringens zwischen West und Ost verbietet den Gedanken an ein abgeschirm-
tes andere demokratische Länder an der Peripherie haltendes kontinentales
Kleineuropa. Es liegt nun an Bonn, etwaige Befürchtungen in Skandina-
vien zu zerstreuen, handelt es sich doch auch um Regierungen, die mit
uns durch die NATO auf Tod und Leben verbunden sind.

Pro Jahr: 80 Millionen zuviel Lohnsteuer

Zwanzig Millionen Arbeitnehmer gibt es zur Zeit in der Bundesrepublik. Wenn sie - den ständigen Preissteigerungen ständig hinterherlaufend - eine Lohnerhöhung bekommen, sind sie nicht die einzigen, die sich darüber freuen: der Staat kassiert mit. Das Lohnsteueraufkommen ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Allein in Hessen wurden 1962 weit über 1,2 Milliarden DM Lohnsteuern vereinnahmt.

Aber so flink der Staat ist, wenn es darum geht, Geld zu kassieren, so schwerfällig und langsam verhält er sich, wenn es zu viel gezahlte Steuern zurückzahlen gilt. So ist es eine zwar schon hinreichend bekannte, deshalb aber nicht weniger skandalöse Tatsache, daß die Finanzämter der Bundesrepublik jährlich rund 80 Millionen DM Lohnsteuer einstreichen, die ihnen eigentlich gar nicht gehören. Das sture Festhalten an längst überholten Pauschbeträgen bei Werbungskosten und Sonderausgaben hat dazu geführt, daß die Mehrzahl der Arbeitnehmer zum Finanzamt laufen muß, um die ihnen gesetzlich zustehenden Steuerbeiträge zurückerstattet zu bekommen, die der Staat, wenn der einzelne sich nicht rührt, gar zu gerne vereinnahmt, ohne sich ein Gewissen daraus zu machen, daß es sich dabei um eine Überverteilung handelt.

Viel zu niedrig

So ist seit Jahren ein Pauschalbetrag von 1200 DM pro Jahr und Arbeitnehmer in die Lohnsteuertabellen eingearbeitet, der sich in 564 DM für Werbungskosten und 636 DM für Sonderausgaben aufteilt. Diese Beträge sind natürlich für die heutigen Verhältnisse viel zu niedrig. Die letzten nennenswerten Änderungen wurden vor 6 Jahren vorgenommen. Bereits im Einkommensteuergesetz von 1955 war für die Sonderausgaben ein Pauschalbetrag von 624 DM für nichtselbständige Arbeit eingesetzt worden. Der damals noch für Werbungskosten vorbehaltene Betrag von 312 DM wurde in der Änderungsnovelle von 1956 auf 562 DM heraufgesetzt. Ob die Bonner Finanzspezialisten der Meinung sind, daß seitdem die Zeit still steht? Ein Blick auf die Lohn- und Preisskala würde sie eines besseren belehren. Die Tariflöhne sind seitdem dank der wachsenden Produktivität um mehr als 50 Prozent gestiegen.

In Hessen hat die Lohnsteuer 1962 um 20 Prozent zugenommen und rangiert mit 1,22 Milliarden DM um 200 Millionen DM vor der Einkommensteuer. Sie ist (nach der Umsatzsteuer) die zweitgrößte Einnahmequelle geworden. Woher kommt das? Mit wachsendem Lohneinkommen treten immer mehr Arbeitnehmer in die Steuerprogression ein. Die Starrheit der zu niedrigen Pauschalfreibeträge begünstigt diesen Umstand.

Mehrmalige Behördengänge

Daß sich nunmehr - unter dem Druck dieser Steuerschraube - auch mehr und mehr Arbeitnehmer bemühen, durch Nachweis höherer Aufwendungen die ihnen rechtlich zustehenden Steuerermäßigungen zu erlangen, liegt auf der Hand. Sie müssen dabei oft mehrmalige Behördengänge auf sich nehmen, weil man offenbar in Bonn noch nicht begriffen hat, um was es geht. Ein einfaches Beispiel mag dies illustrieren: Die Sozialabzüge (Krankenkasse, Rentenversicherung und anderes), die heute dem Arbeitnehmer kraft Gesetzes abgezogen werden, erreichen Jahresbeträge, die bereits dann den Pauschalbetrag von 636 DM bei Sonderausgaben überschreiten, wenn er ein Monatsinkommen von 450 DM und mehr hat. Frage: Wie muß die Familie beschaffen sein, die davon gut und gern leben kann? Abgesehen davon, daß heute meistens mehr verdient wird, liegt ein solches Einkommen nicht wesentlich über dem Existenzminimum.

Berücksichtigt man, daß es bekanntlich neben den Sozialabzügen noch andere abzugsfähige Sonderausgaben gibt, kann man praktisch unterstellen, daß nahezu alle ständig beschäftigten Arbeitnehmer einen Antrag zur Erstattung von Lohnsteuer stellen müssen. Dabei ist noch anzunehmen, daß auch die Werbungskosten heute namhafte Beträge ergeben, die über den Pauschsatz von 564 DM hinausgehen. Dies ist nicht etwa nur auf diejenigen beschränkt, die mit dem Auto zur Arbeit fahren. Auch die öffentlichen Verkehrsmittel, zum Beispiel Bundesbahn und Straßenbahn, sind in den letzten Jahren immer teurer geworden. So bedarf es noch nicht einmal sehr großer Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, um den jährlichen Pauschbetrag zu überschreiten.

Fristen einhalten

Solange sich die Bonner Finanzverwaltung keine bessere und großzügigere Lösung einfallen läßt, müssen alle Betroffenen ihre Aufwendungen und Kosten fein säuberlich zusammenstellen und auf dem Antragswege beim zuständigen Finanzamt geltend machen. Die Frist für einen Antrag auf erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben für 1963 endet am 28. Februar, für den Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich 1962 am 30. April 1963. Nach wie vor muß derjenige, der dem Finanzamt keinen Steuergroschen vorstrecken will, zu Jahresbeginn einen Ermäßigungsantrag stellen. Andernfalls muß er spätestens innerhalb der ersten 4 Monate des folgenden Jahres einen Antrag stellen, sonst verfällt sein Anspruch auf Steuerrückerstattung.

Wer die Menschenschlangen in den Finanzämtern und die stöhnenden Beamten hinter den Aktenbergen sieht, fragt sich mit Recht, ob dies nötig ist. Aus den einzelnen Wahnern ist inzwischen eine ganze Schar von Kritikern geworden, die mit dem Finger auf diese ökonomisch nicht mehr vertretbare "Arbeitsbeschaffung" deuten. Das Gesetz zur Sparsamkeit in der Verwaltung treibt hier in der Tat seltsame Blüten. - Es sind schon verschiedentlich Vorschläge zur Erhöhung der Pauschbeträge unterbreitet worden. Daß sie nach dem jahrelangen Stillstand drastisch ausfallen müßte, um eine nennenswerte Freistellung zu erzielen, liegt auf der Hand. Ein Betrag von insgesamt 1800 DM wäre das mindeste. Über die zweckmäßige Ausgliederung in Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben könnte man sicherlich reden.

Das unveränderte Erscheinen der Antragsvordrucke zu Beginn des Jahres läßt die Befürchtung aufkommen, daß auch 1963 nichts geschehen wird und noch mehr Lohnsteuerpflichtige den Gang zum Finanzamt antreten müssen.

Banale Erklärungen

Die Erklärungen, warum man die längst fällige Erhöhung der Freibeträge immer wieder hinausschiebt, sind banal, irreführend und z.T. sogar zynisch. Oft spekuliert man dabei auf die Unlust der arbeitenden Menschen nach der täglichen Arbeit noch den Kampf mit dem Amtsschimmel aufzunehmen. Tatsächlich verzichteten nach letzter Schätzung die Arbeitnehmer auf jährlich mindestens 80 Millionen DM an Rückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer. Eine Spekulation auf diese "Mehreinnahme" seitens der Finanzverwaltung ist in höchstem Maße unsozial. Daß ein angeblich nur geringer Prozentsatz von Arbeitnehmern Anträge auf erhöhte Freibeträge stelle, wie verschiedene Stellen behaupten, stimmt nämlich nicht. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat ermittelt, daß in Frankfurt von genau 486 346 Lohnsteuerpflichtigen jeder Zweite vom Finanzamt einen Teil seiner Steuern zurückhaben will. - Unter den 50 Prozent, die keine Ermäßigung beantragten, befindet sich das Heer der Beamten, das nicht sozialversicherungspflichtig ist. Auch über die "Erfolgsstatistik" wird etwas ausgesagt: Im Lohnsteuerjahresausgleich sind 1962 in Frankfurt immerhin 21,5 Millionen DM erstattet worden. Diese Erstattungen zuviel gezahlter Steuern sind - man höre und staune - 144 295 Lohnsteuerpflichtigen zugute gekommen. Nicht verwunderlich ist, daß die Flut der Antragsteller noch höher ansteigen wird, und ferner, daß die Beamten und Angestellten der Finanzämter vor schier unlöslichen Aufgaben stehen.

Im Schatten Castros

E.D. - Ende Februar übernimmt in der Dominikanischen Republik der bekannte karibische Dichter und Politiker Juan Bosch die Staats- und Regierungsführung. Mit seiner Amtsübernahme endet nicht nur das politische Interregnum nach dem Sturz des Diktators Trujillo, sondern beginnt zugleich auch - so jedenfalls hoffen alle wahren Freunde des Landes - eine echte demokratische Epoche.

Ohne Zweifel werden die Nachbarn der Dominikanischen Republik, besonders aber Fidel Castro auf Kuba, das demokratische Experiment beobachten, um je nach ihrer ideologischen Ausrichtung fördernd oder hindernd einzugreifen. Die Bevölkerung des Landes selbst verfügt über eine hinreichende Grundlage an demokratischer und republikanischer Substanz, und die neu entstandenen politischen Gruppen, vor allem die linksdemokratische "Revolutionäre Partei der Dominikanischen Republik" unter Führung Boschs und die "Nationale Bürgerunion" mit ihrem konservativen Präsidenten Fallo, geben die Gewähr dafür, daß die notwendigen politischen Reformen ohne innere Gewaltanwendung verwirklicht werden können.

Jedoch liegt das Land nicht außerhalb politischer Wetter- und Sturmzonen, und die demokratischen Gruppen Lateinamerikas, wie auch die USA selbst, sind gut beraten, wenn sie dem Staatspräsidenten der Dominikanischen Republik jede nur erdenkliche Aufbauhilfe gewähren. Denn nicht zuletzt gehört Juan Bosch zu den ersten Befürwortern des Kennedy'schen Projekts der Allianz für den Fortschritt.

Zur gleichen Zeit aber, in der die Dominikanische Republik sich anschickt, den Weg der Demokratie zu beschreiben, vollziehen sich auf Jamaika innenpolitische Entwicklungen, die sehr leicht aus der bisher ruhigen Insel einen Unruheherd machen können. Ende vergangenen Jahres wurde unter Führung des bekannten jamaikanischen Kommunisten und Rechtsanwaltes Richard Hart die sogenannte Sozialistische Partei Jamaikas gegründet. Schon die Zusammensetzung ihres Vorstandes wie auch die ersten Veranstaltungen dieser Partei zeigten sehr deutlich, was Geistes Kind die neue Partei ist: eine kommunistische Frontorganisation.

Es wäre falsch, die Gründung dieser Partei auf die leichte Schulter zu nehmen, denn für viele - und dies gilt nicht nur für Jamaika allein - dürfte die kommunistische Steuerung nicht so offensichtlich sein. Umso mehr bedarf es der Wachsamkeit der demokratischen und sozialdemokratischen Organisationen im karibischen Raume. Es ist kein Geheimnis, daß die neue kommunistische Frontorganisation vor allem versuchen wird, die führende demokratische Partei Jamaikas, die "Nationale Volkspartei", sowie die Gewerkschaftsbewegung zu unterwandern. Der Parteigründer Hart besitzt eine nicht zu unterschätzende Fähigkeit in der Organisation von Zellen innerhalb der demokratischen Bewegungen Jamaikas. Es dürfte sicherlich auch von Interesse sein zu wissen, daß nicht nur Moskau selbst, sondern auch Chruschtschows Satellit im karibischen Raum, Fidel Castro, mit allen Mitteln versuchen, den Kommunisten auf Jamaika eine Grundlage zu verschaffen. Denn jeder neue Unruheherd in dieser politischen Ecke unserer Erde ist ein treffliches Mittel für Castro, nicht nur von seinen eigenen Fehlschlägen abzulenken, sondern zugleich auch Hilfstruppen zu bilden.

MdB Jakob Altmaier +

G.M. - Wieder hat der Deutsche Bundestag einen seiner Besten verloren. Jakob Altmaier starb am Freitagabend nach einem arbeitsreichen Tag in seinem kleinen Büro im Bundestag. Der 73-jährige, in Flörsheim am Main geborene Abgeordnete hat unendlich viel dazu beigetragen, um den von Hitler geschändeten Ruf des deutschen Volkes in der Welt wieder zu ansehen zu verhelfen.

Aus einer alten jüdischen Familie stammend, zog es den jungen Jakob Altmaier schon lange vor dem ersten Weltkrieg zum Journalismus. Er war Redakteur der "Frankfurter Volksstimme" und ging nach dem ersten Weltkrieg, den er als Soldat an der Front mitgemacht hatte, später für den "Vorwärts", den SPD-Pressedienst und die "Frankfurter Zeitung" als Korrespondent ins Ausland. Besonderes Interesse widmete er den Balkanländern. Als Mitarbeiter der "Weltbühne", mit deren Herausgeber Carl von Ossietzky er eng befreundet war, kämpfte er gegen die aufkommende Welle des Nationalsozialismus. Natürlich mußte auch Jakob Altmaier bald nach 1933 Deutschland verlassen. Sein Emigrationsweg führte ihn über den Balkan nach Afrika und in den fernen Osten. Trotz des grausamen Schicksals, das der Nationalsozialismus der jüdischen Glaubensgemeinschaft bereitet - der größte Teil von Jakob Altmaiers Familie wurde in den Konzentrationslagern ermordet - hat der Verstorbene nie aufgehört, an das Gute im deutschen Volk zu glauben und es trotz der schrecklichen Ereignisse immer wieder in Wort und Schrift darzustellen.

Nach dem Zusammenbruch der Hitlerdiktatur finden wir Jakob Altmaier sofort wieder in seiner alten Heimat. Zunächst war er als Korrespondent großer sozialistischer und liberaler Zeitungen Englands und Frankreichs tätig. Seinen eindrucksvollen Artikeln über die Bereitschaft des deutschen Volkes, die Vergangenheit zu überwinden, verdanken wir zu einem guten Teil das Verständnis, das uns nach dem Krieg und der Hitlerdiktatur entgegengebracht wurde. Als die Bundesrepublik entstand, war es für Jakob Altmaier selbstverständlich, seine zahlreichen internationalen Verbindungen und sein großes Wissen um die Zusammenhänge der Weltpolitik in den Dienst der jungen deutschen Demokratie zu stellen. Er wurde Bundestagsabgeordneter der Sozialdemokratischen Partei im Wahlkreis Hanau, den er seit 1949 in direkter Wahl mit immer wachsenden Mehrheiten gewann.

Bleibendes Verdienst erwarb sich Jakob Altmaier, als er Anfang der fünfziger Jahre die ersten Verbindungen zwischen Israel und der Bundesrepublik anknüpfte und entscheidende Vorarbeiten für den Abschluß des Wiedergutmachungsabkommens für die Opfer des Nationalsozialismus leistete. Zahlreiche Reisen nach den Vereinigten Staaten, nach Frankreich, Israel und in viele andere Länder prägten Jakob Altmaier im Laufe der Zeit zu einem informellen Botschafter des guten deutschen Willens zur Aussöhnung gerade mit jenen Völkern, mit denen Hitler Krieg geführt hatte.

Auch im Strassburger Europarat hatte Jakob Altmaier bald einen hervorragenden Platz gefunden. Hier widmete er sich besonders der Zusammenarbeit europäischer Städte und Gemeinden, weil er der Überzeugung war, daß "Europa" nicht ein von Institutionen gelenktes Gebilde bleiben dürfe, sondern von der freiwilligen Zusammenarbeit der Keimzellen demokratischer Staaten der Städte und Gemeinden getragen werden müsse.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verliert in Jakob Altmaier einen Freund und unermüdeten Streiter für die Ideale des demokratischen Sozialismus. Der Deutsche Bundestag und der Europarat erleiden durch den Tod dieses Mannes einen großen Verlust. Das deutsche Volk verliert einen Mann, der nie - trotz aller Schändlichkeiten, die er und seine jüdischen Mitbürger erleiden mußten - aufgehört hat, Deutschland zu lieben.